

Juli 2008

Freiburg 
I M B R E I S G A U

Amt für Bürgerservice und
Informationsverarbeitung
www.freiburg.de/statistik

Beiträge zur Statistik

Bürgerumfrage zum geschlechtersensiblen Beteiligungshaushalt 2009/2010 - Chancengleichheit und Verfahrensevaluation -



Ein Projekt der


LANDESSTIFTUNG
Baden-Württemberg

in Kooperation mit

Freiburg 
I M B R E I S G A U

Die Stadt Freiburg und die Landesstiftung Baden-Württemberg sind Kooperationspartner bei der Durchführung des Projekts „Geschlechtersensibler Beteiligungshaushalt Freiburg 2009/2010“, das im Rahmen des Programms „Chancen=Gleichheit. Gleiche Chancen für Frauen und Männer“ der Landesstiftung realisiert wird.

Ein Projekt der



in Kooperation mit



Bürgerumfrage zum geschlechtersensiblen Beteiligungshaushalt 2009/2010

- Chancengleichheit und Verfahrensevaluation –

von Irina Siegel

Inhalt

1	Zentrale Ergebnisse auf einen Blick	4
2	Fragebogen Panel II	9
3	Einleitung.....	11
3.1	Aufgaben und Thematik der Panel II-Befragung.....	11
3.2	Methodische und redaktionelle Anmerkungen.....	11
3.3	Datengrundlage und Erhebungsmethoden.....	12
3.4	Repräsentativität: Soziodemographische Struktur des Panels II	14
4	Chancengleichheit und Gleichstellung von Männern und Frauen in Freiburg ...	16
4.1	Zufriedenheit mit der Chancengleichheit	16
4.2	Bewertung des „Gender-Budgeting“	19
4.3	Wichtigkeit hinsichtlich der Thematisierung des „Gender-Budgeting“	21
5	Beteiligungsverfahren.....	23
5.1	Wirksamkeit unterschiedlicher Werbemaßnahmen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens	23
5.2	Beteiligungsmöglichkeiten im Vergleich	25
5.3	Beurteilung der Effektivität des Beteiligungsverfahrens.....	29
6	Prüfung von methodischen Effekten der unterschiedlichen Befragungsformen auf das Antwortverhalten der Befragten	30
6.1	Soziodemographie der „Onliner“ und „Offliner“ im Vergleich	30
6.2	„Gender-Budgeting“ und Beteiligungsverfahren nach Erhebungsmethode	33
7	Literaturliste	36

1 Zentrale Ergebnisse auf einen Blick

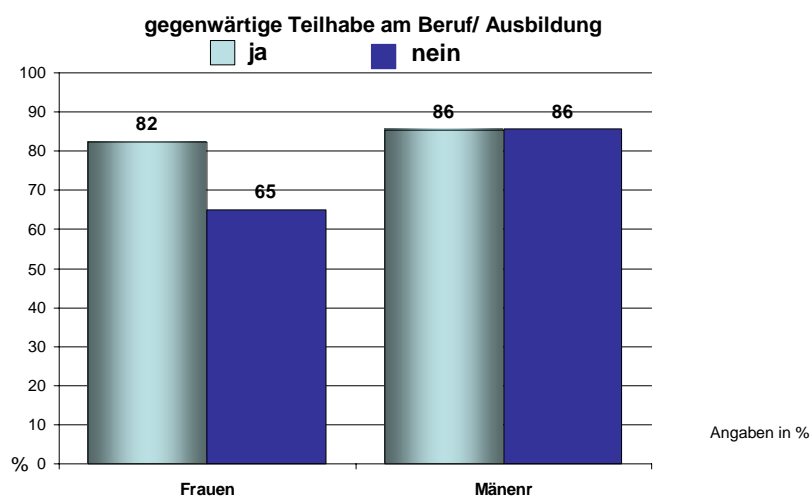
Stellenwert des Themas Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern in Freiburg

- Die Umfrage belegt die insgesamt hohe Zufriedenheit der Freiburger Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Chancengleichheit von Frauen und Männern in ihrer Stadt. 80% der Befragten gelangen zu einer positiven Beurteilung der Chancengleichheit und nur ein Fünftel bewertet die Situation (eher) kritisch.

Allerdings zeigen sich in Abhängigkeit der eigenen Betroffenheit einige Unterschiede. Generell sind Frauen mit der geschlechtsspezifischen Chancengleichheit etwas seltener zufrieden (75%) als Männer (85%). Noch stärker betrifft dies die nichtberufstätigen Frauen - nur etwa zwei Drittel von ihnen bekunden ihre Zufriedenheit damit (65%). Frauen, die aktuell durch ihre Berufstätigkeit oder Ausbildung gesellschaftlich integriert sind, erfahren die Gleichberechtigung im gleichen Ausmaß wie Männer (82%).

Abb. 1: Zufriedenheit mit Chancengleichheit von Frauen und Männern und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen nach Geschlecht

% der „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“

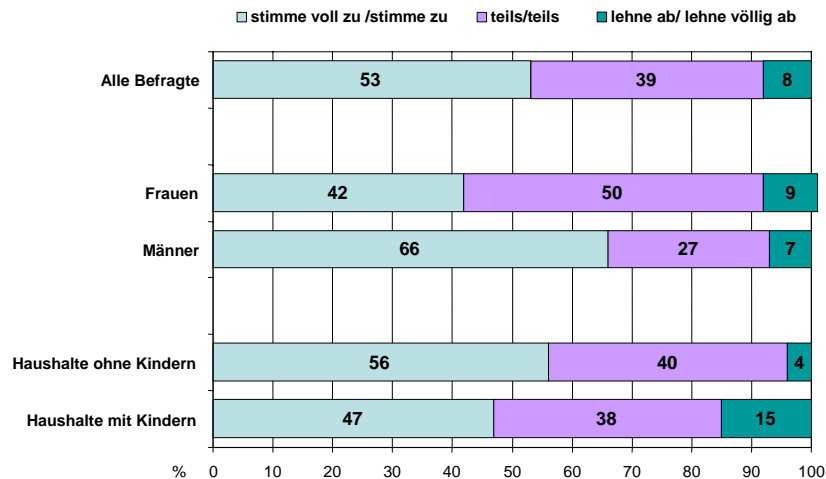


Aus der Tatsache, dass die unter 40 Jährigen häufiger zufrieden sind (89%) als die über 40 Jährigen (74%), lässt sich schlussfolgern, dass die jüngeren Generationen vermutlich stärker die Chancengleichheit als gegeben wahrnehmen bzw. von dieser profitieren können.

- Auf den ersten Blick gehen Meinungen der Bürger/innen hinsichtlich ihrer Bewertung der finanziellen Gleichstellungsförderung beider Geschlechter auseinander. Nur die Hälfte (53%) hält die Mittelallokation im städtischen Haushalt für diesen Bereich tatsächlich für ausreichend. Frauen und Familien mit Kindern als unmittelbar betroffene Zielgruppen erwarten mehr Ausgaben für diese Zwecke. Ein Rückblick in die Bürgerbefragung 2007 zeigt allerdings die tatsächliche Prioritätensetzung für den Haushalt aus der Sicht der

Bürger/innen. Diese fällt vorrangig auf die Bereiche Kinder/ Jugend und Familie, Umwelt, Bildung und Soziales. Im Kontext der 15 vorgeschlagenen Zielsetzungen der zukünftigen Entwicklung der Stadt Freiburg steht das Ziel „Gleichstellung von Frauen und Männern“ erst auf dem siebten Platz.

Abb. 2: „Die Mittelverteilung im Haushalt der Stadt Freiburg fördert ausreichend die Gleichstellung von Männern und Frauen“

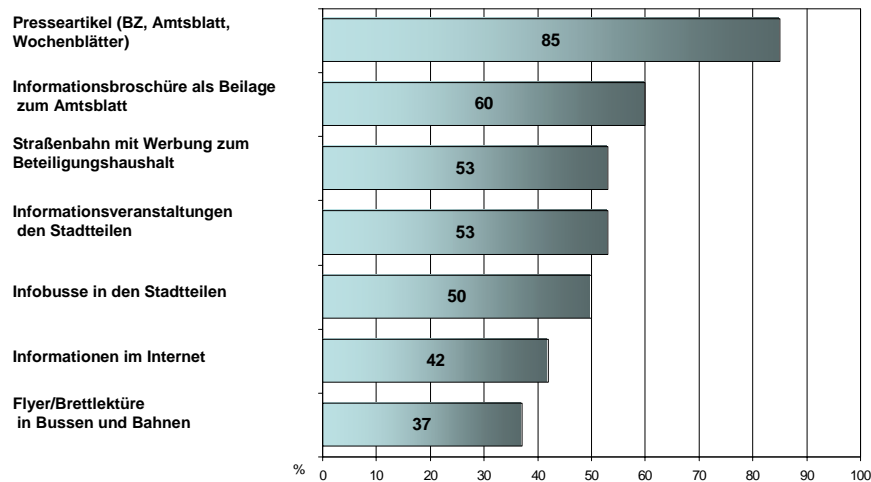


- Die Thematisierung des „Gender-Budgeting“ stößt bei mehr als zwei Drittel (69%) der Bürgerinnen und Bürger auf ein offenes Ohr. Es lassen sich erhebliche gruppenspezifische Unterschiede im Informationsbedarf zu den Auswirkungen der Ausgaben auf Lebensweisen von Männern und Frauen feststellen: Frauen, Bürger mit Migrationshintergrund sowie Bildungs- und Einkommenschwächere würden gerne mehr darüber erfahren, wie Gender-Budgeting helfen kann Beruf und Familie „unter einen Hut zu bringen“. Dem Trend nach zeigen sich auch die Befragten, die aktuell weder im Beruf noch in die Ausbildung stehen, stärker an dieser Fragestellung interessiert.

Erfolg der Werbekampagne zum Beteiligungsverfahren

- Die Informationskampagne der Stadt Freiburg zum Beteiligungsverfahren war insgesamt sehr erfolgreich. Neun von zehn Befragten (92%) haben mindestens eine der sieben eingesetzten Ansprachemaßnahmen wahrgenommen und kannten im Durchschnitt sogar 3,7 verschiedene Werbemittel. Die wirksamsten Werbe- und Informationsmaßnahmen sind (Top 3):
 1. Bekanntmachungen in lokaler Presse
 2. Informationsbroschüren zum Amtsblatt
 3. Straßenbahnwerbung und Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen.

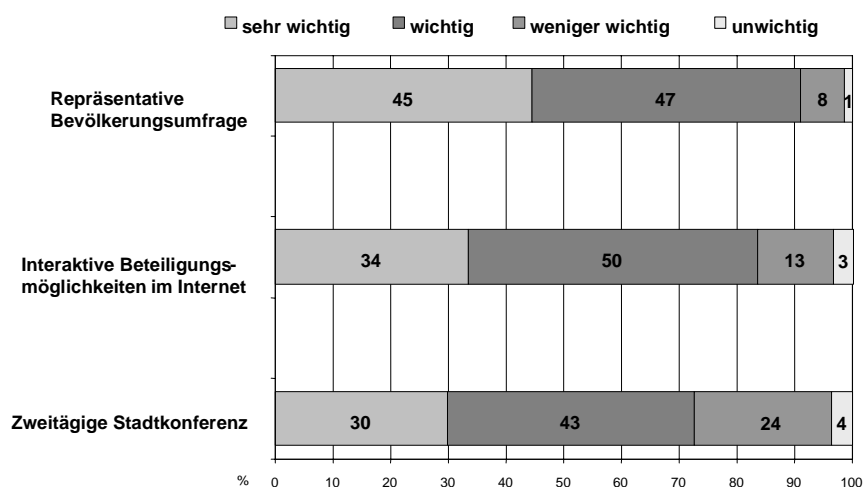
Abb.3: Bekanntheitsgrad verschiedener Werbe- und Informationsmitteln zum Beteiligungsverfahren



Bewertung verschiedener Möglichkeiten der Bürgerpartizipation

- Alle drei Beteiligungsmöglichkeiten stoßen auf ein großes Interesse bei den Bürgern. Der repräsentativen Bürgerumfrage wird die größte Bedeutung beigemessen (91% der „(sehr) wichtig“ Einstufungen), gefolgt von interaktiven Angeboten des „virtuellen Rathauses“ (84%) und Stadtkonferenz (73%).
- Nicht unerwartet ist ein höheres Interesse der Jüngeren (unter 40 Jahren) an den internet-basierten Mitwirkungsmöglichkeiten. Darüber hinaus wird diese Form der Bürgerpartizipation von den 40 - 60 Jährigen mit Beschäftigung oder mit Kindern im Haushalt besonders geschätzt.
- Deutsche und Befragte in einem berufsfähigen Alter bewerten die Wichtigkeit der Bevölkerungsumfrage etwas höher als Mitbürger mit einem Migrationshintergrund und Senioren (ab 60 Jahren).
- Schließlich wird die Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Stadtkonferenz vor allem von jenen Personengruppen als „(sehr) wichtig“ empfunden, die stärker von latenter oder offensichtlicher Benachteiligung betroffen sind (betroffen sein können): Frauen, Migranten und sozial Schwache (Geringverdiener).

Abb. 4: „Wichtigkeit verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten“



Effektivität des Beteiligungsverfahrens aus der Sicht der Bürger

- Die Befragten schätzten die Auswirkungen der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens auf die Entscheidungen des Gemeinderates eher konservativ ein (der Mittelwert von 4,5 auf der Skala von 0 bis 10).

Frauen bewerten die Einflussnahme der Bürger auf politische Entscheidungen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens etwas positiver als Männer.

Die Bewertung der jüngeren Befragten unter 30 Jahren und der Personen im mittleren Alter (45 - 60 Jährige) fällt pessimistischer aus im Vergleich zu der durchschnittlichen Einschätzung in der Altersgruppe 60plus.

Die Befragten mit niedrigem Bildungsniveau (Volks-/ Hauptschulabschluss) äußern sich signifikant zuversichtlicher als die Befragten mit einem Hochschulabschluss und tendenziell erwartungsvoller als die anderen Befragten.

Methodeneffekte: Einfluss der Befragungsform auf das Antwortverhalten

- Die Online-Panelteilnehmer/innen sind demographisch nicht ohne weiteres mit den Telefonteilnehmern vergleichbar. Besonders hervorgehoben sollten die relativ starken Unterschiede nach Alter und Bildung:

Senioren (50%) und Befragte mit geringerer formaler Bildung (48%) beteiligten sich deutlich häufiger an einer Telefonumfrage. In der Online-Befragung liegen diese Anteile entsprechend bei 12% und 21%. Umgekehrt wurde die internetbasierte Befragungsform überwiegend von den jüngeren Befragten unter 45 Jahren (64%) bevorzugt. Die entsprechende Altersquote im telefonischen Interview macht lediglich 27% aus.

Der Anteil der Online-Befragungsteilnehmer mit Abitur und Studium liegt um den 1,5 Faktor über dem entsprechenden Anteil im Telefoninterview (78% vs. 52%).

Die Erklärung für die beiden Zusammenhänge liegt vermutlich in der unterschiedlichen Internetnutzung in diesen Personengruppen, die häufig mit Daten der Bevölkerungsumfragen belegt wird. Zu weiteren Unterschieden siehe Kapitel 4.1.

- Die Befragungsform hat einen Einfluss auf das Antwortverhalten einiger Gruppen von Befragten - auch nach der Auspartialisierung etlicher Effekte der Soziodemografie. Die telefonisch Interviewten waren seltener zufrieden mit der Geschlechtergleichstellung und hielten einen öffentlichen Diskurs zum „geschlechtersensiblen Haushalt“ häufiger für „(sehr) wichtig“ verglichen mit den Selbstausfüllern. Ebenso zeigten sich die Telefonteilnehmer etwas zuversichtlicher hinsichtlich des Bürgereinflusses auf die Entscheidungen des Gemeinderats.
- Die zum Teil statistisch signifikanten Meinungsverschiedenheiten zwischen den On- und Offlinern lassen sich allerdings nicht mit den unterschiedlichen soziodemographischen Konstellationen in den beiden Stichproben erklären, sondern sind primär auf die sehr unterschiedlichen Teilnahmequoten zurückzuführen. Die hohen Zufriedenheitsraten unter den Onlinern lassen sich dementsprechend dadurch begründen, dass hauptsächlich die in Gender-Fragen „Zufriedenen“ an der Online-Umfrage teilgenommen haben sollen.
- Abschließend scheint eine computerbasierte Befragung die Selbstaufmerksamkeit bei den Älteren und den Befragten mit niedrigem Bildungsniveau zu erhöhen. Die beiden Gruppen können sich mit Hilfe eines Online-Bogens besser an die eingesetzten Werbemaßnahmen zum Beteiligungsverfahren erinnern als in einem Telefoninterview. Ein höherer Bekanntheitsgrad der städtischen Informationskampagne unter den Onlinern lässt sich darüber hinaus dadurch erklären, dass sich voraussichtlich diejenigen Personen an der Online-Umfrage beteiligt haben, denen eine partizipatorische Demokratie besonders an Herzen liegt.

2 Fragebogen Panel II

1. Wie zufrieden sind Sie mit der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Freiburg?

sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Wenn Sie einmal an die Mittelverteilung im Haushalt der Stadt Freiburg denken. Wie würden Sie dann die Aussage bewerten, dass die Mittelverteilung ausreichend die Chancengleichheit von Frauen und Männern fördert?

	stimme voll zu	stimme zu	teil/ teils	lehne ich ab	lehne ich voll ab	weiß nicht
Die Mittelverteilung im Haushalt der Stadt Freiburg fördert ausreichend die Chancengleichheit von Frauen und Männern.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Für wie wichtig halten Sie es, dass im Rahmen des Beteiligungshaushaltes die Auswirkungen der Ausgaben auf die Chancengleichheit von Männern und Frauen thematisiert wird?

sehr wichtig	wichtig	wenig wichtig	unwichtig	weiß nicht
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Um das Beteiligungsverfahren in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, wurden verschiedene Werbe- und Informationsmittel eingesetzt. Welche dieser Maßnahmen sind Ihnen bekannt?

	ist mir bekannt	ist mir <u>nicht</u> bekannt
Infobusse in den Stadtteilen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Informationsbroschüre als Beilage zum Amtsblatt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Straßenbahn mit Beschriftung zum Beteiligungshaushalt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Flyer und „Brettlecture“ in den Bussen und Bahnen der VAG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Presseartikel (Badische Zeitung, Amtsblatt, Wochenblätter)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Informationsveranstaltungen zu Schwerpunktthemen in den Stadtteilen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Informationen im Internet	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Im Rahmen des Beteiligungshaushaltes werden verschiedene Möglichkeiten angeboten, wie sich die Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Für wie wichtig halten Sie diese Beteiligungsformen?:

	sehr wichtig	wichtig	wenig wichtig	unwichtig	weiß nicht
Interaktive Beteiligungsmöglichkeiten im Internet (Foren, Haushaltsrechner etc.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Repräsentative schriftliche Bevölkerungsumfrage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zweitägige Stadtkonferenz, auf der die Bürgerinnen und Bürger eigene Vorschläge für den Haushalt entwickeln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Was meinen Sie, wie stark sich die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens auf die Haushaltsberatungen und Entscheidungen des Gemeinderates im kommenden Herbst auswirken werden? Bitte verwenden Sie zur Beurteilung eine Skala von 0 bis 10. Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Bürgerbeteiligung keinerlei Einfluss haben wird, vergeben Sie die 0. Wenn Sie damit rechnen, dass die Beteiligungsergebnisse sehr stark berücksichtigt werden, vergeben Sie die 10. Ansonsten wählen sie eine Stufe dazwischen.

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3 Einleitung

3.1 Aufgaben und Thematik der Panel II-Befragung

Folgende Themen stehen bei der Panel II-Befragung im Mittelpunkt:

- **Chancengleichheit und Gleichstellung von Männern und Frauen in Freiburg:** Zufriedenheit mit der Chancengleichheit, Bewertung des aktuellen „Gender-Budgeting“, Wichtigkeit der Thematisierung vom „Gender-Budgeting“ im Rahmen des Beteiligungshaushalts.
- **Bewertung des Beteiligungsverfahrens:** Wirksamkeit unterschiedlicher Informationskampagnen und Werbemittel zum Beteiligungsverfahren, Vergleich verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten nach ihrer Wichtigkeit, Beurteilung der Effektivität des Beteiligungsverfahrens hinsichtlich der Einflussnahme auf die kommunale Politik.

Da sich die Panelteilnehmer/innen aus der repräsentativen Bürgerumfrage der Stadt Freiburg rekrutieren lassen, stehen bereits verschiedene demographische und soziostrukturelle Merkmale für jeden Panelteilnehmer zur Verfügung, so dass die in der Umfrage erhobenen thematischen Bereiche differenzierter betrachtet werden können. Hierzu lässt sich die Frage beantworten, wie verschiedene Aspekte des Beteiligungsverfahrens in unterschiedlichen Personengruppen bewertet werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung liegt in den Analysen der Ergebnisse unter unterschiedlichen methodischen Gesichtspunkten. Die Daten wurden im „Mixed mode“ erhoben, d.h. online wie auch telefonisch. Dabei wird überprüft, inwieweit sich die Erhebungsmethode (online-basierten Umfrage vs. telefonisches Interview) auf das Antwortverhalten der Befragten auswirkt.

Der Zweck einer Bürgerumfrage liegt darin, die Informationen aus einer Stichprobe repräsentativ ausgewählter Bürger hin zur Grundgesamtheit generalisieren zu können. In unserem Fall wurden die Panelteilnehmer durch ein Selbstrekrutierungsverfahren gewonnen.¹ Somit stellt sich die Frage, inwiefern ihre Meinung zum Beteiligungsverfahren stellvertretend für die gesamte Freiburger Wohnbevölkerung gelten kann. Um festzustellen, ob es systematische Ausfälle von bestimmten Subgruppen gibt, sollten die Panelteilnehmer/innen mit den Freiburger/innen und repräsentativ ausgewählten Befragten aus der Bevölkerungsumfrage 2007 anhand der relevanten soziodemographischen Merkmale verglichen werden.

3.2 Methodische und redaktionelle Anmerkungen

Generell benötigt man, um verlässliche Aussagen machen zu können relativ hohe Fallzahlen in den Teilstichproben (Tabellenzellen sollen mit mindestens 20 - 30 Fällen besetzt sein). Aufgrund der insgesamt eher geringen Gesamtfallzahl (N=322, ungewichtet) erweisen sich die teilweise deutlichen Prozentunterschiede in

¹ Näheres dazu im Kapitel 1.3

den Antworten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen dennoch als nicht signifikant. Um dieser Problematik entgegenzuwirken und um multivariate Datenanalysen zu ermöglichen,² mussten zum Teil größere Personengruppen gebildet werden. Ferner erfolgten Gruppierungen aus theoretischen Überlegungen. Die Personengruppen, für die ein ähnliches Antwortverhalten vermutet wird, erscheinen in sämtlichen Darstellungsmedien (Graphiken und Tabellen) in zusammengefasster Form.

Folgende Gruppierungen wurden angestrebt:

- Bei den Altersgruppen wird in der Regel zwischen unter 40 Jährigen, 40 - 60 Jährigen und über 60 Jährigen unterschieden.
- Ebenso fallen etliche Bewertungen der Personen aus Haushalten „mit Kindern“ (Alleinerziehende und Mehrpersonenhaushalte mit Kindern) im Vergleich zu jenen aus Haushalten „ohne Kinder“ (Einzelpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder) unterschiedlich aus, daher wird nur zwischen diesen beiden Gruppen unterschieden.
- Soweit es sinnvoll ist, werden die Antworten ausländischer Befragter zusammen mit den Angaben der Deutschen mit Migrationshintergrund betrachtet, um das Problem zu geringer Fallzahlen zu umgehen.
- Es wird zwischen den Personengruppen „mit Teilhabe an Beruf/ Ausbildung“ und der restlichen Gruppe der Nichtberufstätigen, inklusive Personen im rentenfähigen Alter „ohne Teilhabe“ an diesen gesellschaftlichen Bereichen unterschieden. Näheres hierzu im Kapitel 2.1, S.10.
- Bei bestimmten Fragestellungen hat es sich ebenfalls als zweckmäßig erwiesen, die Bildungsabschlüsse und die Haushaltseinkommen stärker zu gruppieren, siehe dazu Kapitel 4.

Soweit möglich, wurden für Personenbezeichnungen die männliche und weibliche Form verwendet. Sofern aus Gründen der Lesbarkeit und Darstellungsform die kürzere männliche Form verwendet wurde, ist – mit Ausnahme von Rücklauf- und Repräsentativitätsstatistiken – die weibliche Form selbstverständlich einbezogen.

3.3 Datengrundlage und Erhebungsmethoden

Der folgende Bericht analysiert die Daten des Panels II, eine Umfrage, die von der Stadt Freiburg im Zeitraum vom 7. bis 31. Mai zum Teil online und zum Teil telefonisch durchgeführt wurde. Die Daten des Panels II basieren auf einer Teilmenge (der Befragten) der Bürgerbefragung 2007. Im Folgenden sollen zuerst die Feldphase und das Erhebungsverfahren etwas präzisiert werden. Im zweiten Schritt wird überprüft, wie repräsentativ die Stichprobe für die Freiburger volljährige Bevölkerung ist.

² Das bedeutet, dass gleichzeitig die Beziehungen zwischen mehreren Variablen betrachtet werden. Beispielsweise wäre es zu untersuchen, ob der Zusammenhang zwischen der geschlechtsspezifischen Chancengleichheit und Berufstätigkeit sowohl für Männer wie auch für Frauen beobachtet werden kann. Dazu braucht man bereits eine dreidimensionale Tabelle und die Zahl der Teilstichproben in der Tabelle erhöht sich dementsprechend auf mind. 18 Zellen. In einigen Zellen wird die Zahl der Fälle dann u. U. so gering (<20), dass eine Prozentuierung nicht mehr sinnvoll ist. Um das zu verhindern, müssen Kategorien eventuell zusammengefasst werden.

Tabelle 1: Rücklaufstatistik

	Bürgerumfrage 2007		Panel II				Panel II	
			Online- befragung		Telefon- interview		Insgesamt	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	Anteil in %
Erfolgreich durchgeführt	2 575	46,7	209	29,2	113	75,3	322	37,2
Keine Teilnahme (Verweigert, nicht erreicht, sonstiges)	2934	53,3	507	70,8	37	24,7	544	62,8
Insgesamt	5 509	100,0	716	100,0	150	100,0	866 ³	100,0

Von den 2 575 Teilnehmer/innen der repräsentativen Bürgerumfrage haben 880 Personen ihre Bereitschaft für weitere Umfragen der Stadt Freiburg bekundet und bilden somit den Teilnehmerpool des Panels II. Ferner machten die befragten Personen Angaben über die bevorzugte Interviewmöglichkeit. Anhand von diesen Informationen wurden 716 Panelteilnehmer/innen entsprechend ihrem Wunsch gebeten, einen Onlinefragebogen auszufüllen. Zusätzlich wurde eine telefonische Befragung von 150 „Offlinern“, sprich Teilnehmer/innen, die eher ein Telefoninterview bevorzugten, mit identischen Fragen angestrebt. Von diesen beiden angesprochenen Gruppen haben sich insgesamt 322 Personen⁴ an der Umfrage beteiligt: 113 Personen in einem Telefoninterview und 209 – in der Online-Befragung. Dies entspricht einem Rücklauf von insgesamt 37,2%. Dabei ist die Rücklaufquote bei der Online-Teilstichprobe mit 29,2% als eher niedrig zu bewerten, wobei dies für die internet-basierte Erhebungsmethode typisch ist. Dagegen liegt die Ausschöpfungsquote der telefonischen Erhebung mit 75,3% außerordentlich hoch. Das bedeutet, dass drei Viertel der telefonisch kontaktierten Panelteilnehmer/innen (nämlich Offliner) an der Befragung teilgenommen haben. Die in der Bürgerumfrage 2007 verwendete Datengewichtung, die aus dem disproportionalen Stichproben-design⁵ resultiert, wurde auch für die statistischen Analysen des Panels II eingesetzt.

Die Panel II-Befragung (Brutto = Anzahl kontaktierter Personen und Netto = Anzahl resultierender Interviews) können nun mit der Grundgesamtheit der Freiburger volljährigen Wohnbevölkerung hinsichtlich der soziodemographischen Merkmalsverteilungen verglichen werden. Für die fehlenden Daten aus dem Einwohnermelderegister erfolgen die prozentualen Gegenüberstellungen mit der repräsentativen Bürgerumfrage von 2007.

³ Anmerkung: Die Rücklaufquote wird basierend auf die Fallzahl von 866 Personen berechnet. Für die weiteren 14 Panelteilnehmer/innen fehlten die Kontaktdaten und somit schieden sie automatisch aus dem Teilnehmerpool aus.

⁴ Der 323. Fall musste ausgeschlossen werden, da er keine Panelteilnehmer/in ist.

⁵ Durch ein disproportionalen Auswahlverfahren werden die Stadtbezirke mit einer geringen Einwohnerzahl überproportional häufig berücksichtigt, um die kleinräumigen Analysen zu ermöglichen. Bei der gesamtstädtischen Betrachtung wird die Disproportionalität durch einen Gewichtungsfaktor wieder ausgeglichen.

3.4 Repräsentativität: Soziodemographische Struktur des Panels II

Die folgende Tabelle zeigt, wie gut die demographische Struktur der Freiburger Bevölkerung im Alter ab 18 Jahren durch unsere Daten (Stichprobe 3) abgebildet wird.

Tabelle 2: Demographische Struktur der Befragungsteilnehmer/innen⁶ im Vergleich mit der Grundgesamtheit und übergeordneten Stichproben (in %)

Merkmalsbereich	Grund- gesamtheit (Personen mit Hauptwohnung ab 18 Jahren zum 31.12.2007)	Stichprobe 1: Bürgerumfrage 2007	Stichprobe 2: Brutto-Panel II	Stichprobe 3: Netto-Panel II
Insgesamt (Anzahl)	168 395	2 575	880	322
weiblich	54,0	55,1	48,5	51,6
männlich	46,0	44,9	51,5	48,4
18 bis unter 30 Jahren	25,6	17,2*	18,8*	15,6*
30 bis unter 45 Jahren	26,9	29,8*	36,1*	33,1
45 bis unter 60 Jahren	22,3	24,5	27,5*	26,6
60 bis unter 75 Jahren	15,7	20,1*	13,9	17,8
75 Jahre und älter	9,4	8,4	3,6*	6,9
Ausländer	13,5	6,8*	5,5*	3,1*
Deutsche	86,5	93,1*	94,6*	96,9*
unter 5 Jahre	27,4	14,9*	17,8*	14,1*
5 bis unter 15 Jahre	23,4	21,0*	25,5	24,8
15 Jahre und länger seit Geburt	35,1	40,2*	35,7	41,7
	14,1	23,8*	21,1*	19,4
Einpersonenhaushalt	32,1	23,3*	21,7*	22,8*
Mehrpersonen ohne Kind	44,7	47,9*	42,7	45,9
Mehrpersonen mit Kind(ern)	19,1	25,3*	31,7*	27,8*
Alleinerziehende	4,1	3,5	3,9	3,5
Volks-/Hauptschule		18,6	8,0**	10,9**
Mittlere Reife, Realschule		19,9	17,2	19,2
Fachhochschulreife, Abitur		31,5	36,6**	32,3
Hochschulabschluss		30,1	38,2**	37,7
ganztags berufstätig		37,1	44,1**	38,5
teilzeitbeschäftigt		13,3	13,6	16,8
Schüler(in)/Student(in)		9,6	11,1	7,8
nicht berufstätig		40,0	31,1**	37,0
Äquivalenzeinkommen				
1. Quartil		25,5	21,6**	20,5
2. Quartil		25,6	22,6	24,3
3. Quartil		22,3	24,0	26,2
4. Quartil		26,6	31,7**	28,9

* Statistische Unterschiede zur Grundgesamtheit sind mit 95% Sicherheit signifikant;

** Statistische Unterschiede zur Bürgerumfrage 2007 sind mit 95% Sicherheit signifikant;

kursiv: starke Tendenz zu statistisch signifikantem Unterschied

⁶ Übereinstimmungen bzw. Abweichungen in den Verteilungen zwischen der Grundgesamtheit und den verschiedenen Stichproben können nur für diejenigen Merkmale erfolgen, welche uns aus dem Einwohnermelderegister zur Verfügung stehen. Das sind Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Wohndauer und Haushaltstyp. Vergleiche der Verteilungen weiterer soziodemographischer Merkmale in den Stichproben 2 und 3 beziehen sich auf die repräsentative Bürgerumfrage 2007, welche als beste Schätzung für die Grundgesamtheit fungiert.

Insgesamt kann bilanziert werden, dass die Bürgerinnen und Bürger⁷, die für die Befragung zum Beteiligungsverfahren gewonnen werden konnten, hinsichtlich der vorhandenen Merkmale repräsentativ für die volljährige Freiburger Wohnbevölkerung sind (vgl. Tabelle 2).

Generell ist anzumerken, dass eventuelle Repräsentativitätsverzerrungen lediglich die Übertragung der Ergebnisse auf die gesamte Wohnbevölkerung der Stadt Freiburg beeinträchtigen können. Für Vergleiche zwischen Personengruppen spielt die Repräsentativität in der Regel keine Rolle. Es soll aber nochmals betont werden, dass man nicht von starken Selektionseffekten der Zusammensetzung des Panels II sprechen kann. Lediglich bei den Personenmerkmalen Alter, Staatsangehörigkeit, Bildungsniveau, Wohndauer und Haushaltstyp gibt es in einzelnen Ausprägungen Abweichungen zur Grundgesamtheit oder zur Bürgerumfrage.

Vergleicht man die Altersverteilung der Befragten mit dem Altersaufbau der Grundgesamtheit, so sind lediglich die unter 30-Jährigen in der Stichprobe 3 mit 10%-Punkten deutlich unter ihrem Anteil an der Bevölkerung einbezogen worden. Andere Altersgruppen beteiligten sich an der Panel II-Befragung entsprechend ihrem Anteil an der Freiburger Bevölkerung, so dass die resultierenden Abweichungen dem statistischen Zufall zuzuschreiben sind.

Beim Geschlecht der Befragten ist eine gute Übereinstimmung mit der Gesamtbevölkerung festzustellen.

Eine deutliche aber eher zu erwartende Abweichung ist auch beim Erhebungsmerkmal Nationalität zu verzeichnen. Die ausländischen Mitbürger sind in der Erhebung deutlich unterrepräsentiert. Diese Unregelmäßigkeit ließe sich nur mit einem großen Aufwand vermeiden, z.B. durch den Einsatz fremdsprachiger Fragebögen. Die Gruppe der ausländischen Bürger, die sich an der Befragung beteiligt haben, ist sowohl zahlenmäßig gering (10 Personen) als auch prozentual zu ihrem Bevölkerungsanteil in der Grundgesamtheit unterrepräsentiert (3,1% vs. 13,5%), so dass generell keine Aussagen zu dieser Teilstichprobe erlaubt sind. Dementsprechend ist der Anteil der Deutschen im Datensatz unverhältnismäßig hoch. Soweit es sinnvoll ist, werden die Antworten ausländischer Befragten zusammen mit den Angaben der Deutschen mit Migrationshintergrund betrachtet.

Weiterhin haben die Personen, die in Freiburg erst seit weniger als 5 Jahre wohnhaft sind, in statistisch signifikanter Weise seltener an der Befragung teilgenommen (14,1% gegenüber 27,4%).

Während die Stichprobe 3 mit 9,3%-Punkten unterproportional wenige Einzelpersonenhaushalte enthält, beteiligten sich die Mehrpersonenhaushalte mit Kindern überproportional häufig an der Befragung (27,8% gegenüber 19,1% in der Freiburger Wohnbevölkerung).

Leichte Diskrepanzen betreffen auch das Merkmal „höchster Schulabschluss“. In unserer Erhebung sind die Personen mit einem „Volks-/Hauptschulabschluss“ mit 7,7%-Punkten leicht unterrepräsentiert und Personen mit einem Hochschulabschluss

⁷ Es wird darauf hingewiesen, dass im vorliegenden Bericht nur die Ergebnisse des Repräsentativitätsvergleichs für die Stichprobe 3 kommentiert werden. Bei Bedarf können die signifikanten Unterschiede in den Verteilungen anderer Stichproben ebenfalls der Tabelle 2 entnommen werden.

tendenziell überrepräsentiert. Es handelt sich dabei um die bekannte Problematik der Ausschöpfungsquoten, wonach höhere Verweigerungsraten mit geringerer Bildung korrelieren⁸. Man vermutet, dass sich Personen mit geringerer Bildung weniger zutrauen, den Ansprüchen eines Interviews gerecht zu werden.

Andere Merkmale differieren zwischen der Stichprobe 3 und den Verteilungen in der repräsentativen Bürgerumfrage 2007 (stellvertretend für die Grundgesamtheit) nur um wenige Prozentpunkte und bewegen sich innerhalb des zu erwartenden Stichprobenfehlers.

Was die Bürgerumfrage 2007 und das Brutto-Panel II angeht, so wird an dieser Stelle nicht detailliert auf Unterschiede zur Grundgesamtheit eingegangen. Pauschal lässt sich bemerken, dass sich viele geringe Abweichungen in der soziodemographischen Struktur des Brutto-Panels in der resultierenden Stichprobe (Netto-Panel) erfreulicherweise wieder nivelliert haben.

4 Chancengleichheit und Gleichstellung von Männern und Frauen in Freiburg

4.1 Zufriedenheit mit der Chancengleichheit

“Wie zufrieden sind Sie mit der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Freiburg?”

Gut über die Hälfte aller Befragten (57%) sind mit der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Freiburg „eher zufrieden“. Knapp jeder vierte ist mit der Situation der Geschlechter sogar „sehr zufrieden“ (23%). Ein Fünftel der Befragten (20 %) bewerten die Chancengleichheit der Geschlechter kritischer: dabei sind 18% „eher unzufrieden“ und 2% „sehr unzufrieden“.

Bei der Frage, ob sich die Zufriedenheit in verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheidet, ergibt sich folgendes Bild:

⁸ Blasius & Reuband, 1995, S. 79.

Tabelle 3

		Zufriedenheit mit Chancengleichheit von Männern und Frauen			
		sehr zufrieden/ eher zufrieden		eher unzufrieden/ sehr unzufrieden	
		Count	Col %	Count	Col %
Alle Befragten		223	80%	56	20%
Geschlecht	weiblich	114	75%	37	25%
	männlich	107	85%	18	15%
Alter der Befragungsperson	unter 40 Jahre	90	89%	11	11%
	40 bis unter 60 Jahre	74	73%	28	27%
	60 Jahre und älter	57	77%	17	23%
Migrationshintergrund	Deutsche ohne Migrationshintergrund	197	81%	46	19%
	Deutsche mit Migrationshintergrund	20	80%	5	20%
	Ausländer	4	49%	5	51%
Wohndauer in Freiburg	unter 5 Jahre	32	84%	6	16%
	5 bis unter 15 Jahre	54	86%	9	14%
	15 Jahre und länger	91	79%	24	21%
Haushaltstyp	seit Geburt	44	75%	15	25%
	ohne Kinder	159	83%	32	17%
höchster Schul-/ Hochschulabschluss	mit Kindern	60	74%	21	26%
	Volks-/Hauptschule	26	73%	9	27%
Teilhabe an Beruf/ Ausbildung	Mittlere Reife, Realschule	43	75%	14	25%
	Fachhochschulreife, Abitur	68	81%	15	19%
	Hochschulabschluss	79	84%	15	16%
Äquivalenzeinkommen	nein	77	74%	27	26%
	ja	146	84%	29	16%
Äquivalenzeinkommen	1. Quartil	46	84%	9	16%
	2. Quartil	43	76%	13	24%
	3. Quartil	55	87%	8	13%
	4. Quartil	45	87%	7	13%

Zufriedenheit nach Geschlecht:

Einen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Chancengleichheit von Männern und Frauen weist das Geschlecht auf: Frauen sind mit der Chancengleichheit der Geschlechter etwas weniger zufrieden als Männer (siehe Tab. 3). Das ist auch nicht weiter überraschend, da sich die Thematik hauptsächlich auf Frauen bezieht. Obwohl sehr viel auf diesem Gebiet bewirkt wurde, treten die strukturellen als auch in der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung ankernden Ungleichheiten offensichtlich weiterhin auf. Die Knappheit der staatlichen und betrieblichen Betreuungs- und Erziehungsmöglichkeiten für (Klein)kinder und eine bekanntlich hohe Beteiligung von Frauen bei der Pflege von Angehörigen⁹ führt dazu, dass Frauen aufgrund der ihnen zugewiesenen häuslichen Arbeit weiterhin weniger Chancen haben, sich im Berufsleben zu verwirklichen. Auch eine Bildungskarriere und die Mutterschaft sind bekanntlich schlecht miteinander vereinbar.

⁹ Schneekloth, Potthoff, Piekara, Rosenblatt, 1996, S.134ff. Siehe auch hierzu Blinkert, Klie, 2004a: S. 320.

Zufriedenheit nach Altersgruppen:

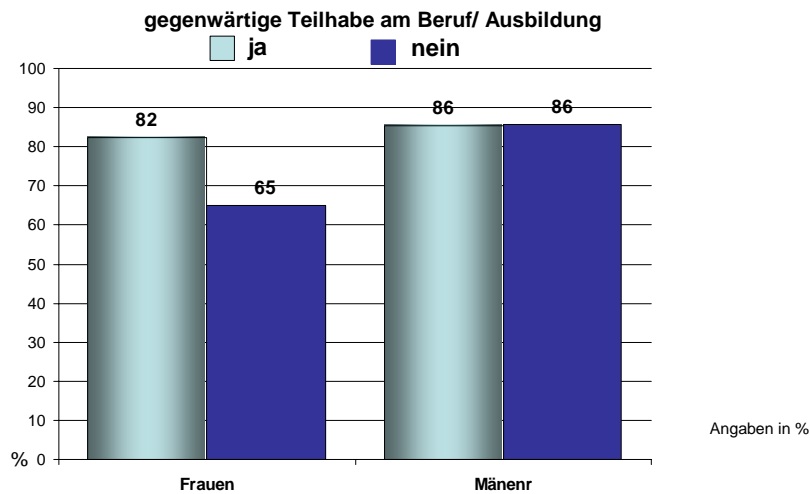
Es gibt signifikante Unterschiede zwischen den jüngeren und älteren Befragten in Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Chancengleichheit beider Geschlechter. So sind 89% der Befragten der jüngeren Generationen (unter 40 Jährige) „sehr“ oder „eher zufrieden“ mit der Chancengleichheit. In den älteren zwei Altersgruppen äußern sich deutlich weniger der Befragten zufrieden: 73% bei den „Middle Agers“ (40 - 60 Jährige) und 77% bei den „Senioren“ (60 plus). Die festgestellten altersspezifischen Unterschiede lassen sich vermutlich dadurch erklären, dass jüngere Generationen eher die Chancengleichheit von Frauen und Männern als solche wahrnehmen bzw. von dieser profitieren konnten. Nach den Ergebnissen des deutschlandweiten Mikrozensus hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Baden-Württemberg seit 1980 von 1,68 Mill. auf 2,32 Mill. im Jahr 2006 stark erhöht, vor allem durch das deutlich gestiegene Angebot von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen¹⁰.

Zufriedenheit mit geschlechtsspezifischer Chancengleichheit und „Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen: Beruf / Bildung“:

An dieser Stelle bedarf es zunächst einer Definition, was unter „*Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen*“ verstanden wird. Eine geschlechtsspezifische Chancengleichheit manifestiert sich in der Regel in der Teilhabe an Berufsleben und Ausbildung. Diejenigen Befragten, die im Beruf (Voll- oder Teilzeit) oder in der Ausbildung (Schule oder Studium) gegenwärtig integriert sind, gehören danach zur Personengruppe „mit Teilhabe an Beruf / Ausbildung“. Die restliche Gruppe, Nichtberufstätige, inklusive Personen im rentenfähigen Alter, wurden zu den Personen „ohne Teilhabe“ gezählt. Der vermutete Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Chancengleichheit der Geschlechter und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen lässt sich nur bei Frauen deutlich bestätigen. So sind die Frauen, die zumindest in Teilzeit einem Beruf nachgehen oder sich in einer Ausbildung befinden, auch mit der Chancengleichheit zufriedener (82%), als Frauen, die keinen Zugang zu diesen gesellschaftlichen Bereichen haben (65%). Dieser Zusammenhang trifft, wie erwähnt, nur auf Frauen zu. Die Männer sind „mit“ und „ohne“ solcher „Teilhabe“ gleichermaßen hoch zufrieden mit der Chancengleichheit der Geschlechter (je 86%).

¹⁰ Hin, Schmidt, 2007, S. 43.

Abb. 1: Zufriedenheit mit Chancengleichheit von Frauen und Männern und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen nach Geschlecht
 % der „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“



Die Deutschen „mit“ und „ohne Migrationshintergrund“ äußern sich ähnlich zufrieden mit der gleichberechtigten Partizipation der Geschlechter.

Angehörige von Haushalten „ohne Kinder“ beurteilen die Chancengleichheit für beide Geschlechter tendenziell etwas positiver als die Personenhaushalte „mit Kindern“ (beide Elternteile und Alleinerziehende zusammengefasst). Allerdings erweisen sich hier die angedeuteten Unterschiede aufgrund der geringen Fallzahlen als nicht signifikant.

Darüber hinaus wäre zu erwarten, dass mit steigender Schulbildung die Bewertung der Chancengleichheit positiver ausfällt, also der Anteil der Zufriedenen steigt. Geleitet ist eine solche Annahme durch die Überlegung, dass gerade der Zugang zur Bildung als ein Markenzeichen der gesellschaftlichen Partizipation gewertet werden kann. Die Daten bestätigen die Vermutung, jedoch kann nur von einem schwachen und statistisch nicht signifikanten Zusammenhang gesprochen werden.

Weder die Einkommenshöhe des Haushaltes noch die Wohndauer in Freiburg haben offensichtlich einen Effekt auf die subjektive Empfindung der Chancengleichheit.

4.2 Bewertung des „Gender-Budgeting“

Die Einstellung zum Thema „Gender-Budgeting“ wurde mit der folgenden Aussage, der die Befragten zustimmen oder diese ablehnen konnten, abgefragt:

“Die Mittelverteilung im Haushalt der Stadt Freiburg fördert ausreichend die Gleichstellung von Frauen und Männern“

Mehr als die Hälfte der Befragten (53%) haben diesem Statement zugestimmt („stimme voll“ zu und „stimme zu“). Etwa 40% blieben in ihrer Beurteilung unentschieden („teils/ teils“) und nur 8% waren der Meinung, dass nicht ausreichend

Finanzmittel in diesen Bereich fließen (diejenigen, die dieser Aussage eingewendet haben).

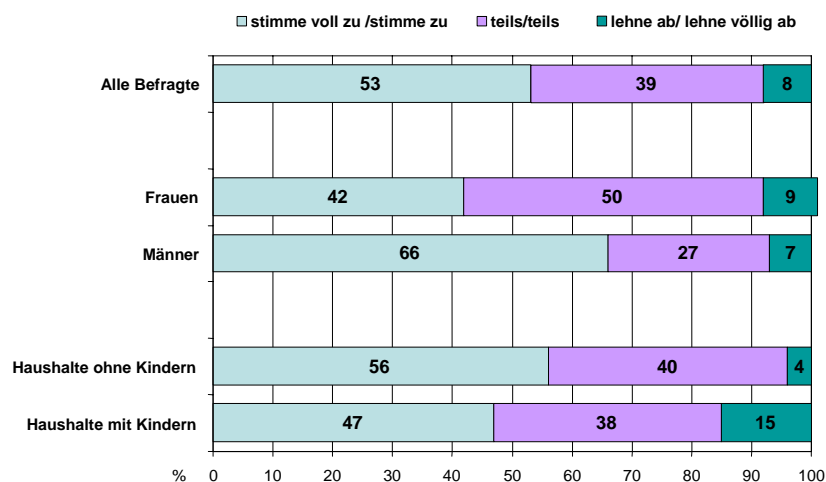
„Gender-Budgeting“ und Geschlecht

Betrachtet man die Antworten differenziert nach Geschlecht, so stellt man fest, dass Männer sich deutlich zufriedener mit dem Status-Quo des „Gender-Budgeting“ äußern als Frauen. So halten nur 42% der Frauen gegenüber 66% der Männer die Haushaltsallokation zur Gleichstellung der Geschlechter für ausreichend. Ebenfalls ist der Anteil der Frauen, die nur teilweise mit der Mittelverteilung im Haushalt diesbezüglich zufrieden sind, doppelt so hoch wie der entsprechende Anteil der Männer.

„Gender-Budgeting“ und Haushaltsform

Haushalte „mit“ und „ohne Kinder“ bewerten die finanzielle Gleichstellungsförderung unterschiedlich. Mehr Haushalte „ohne Kinder“ („Einzelhaushalte“ und „Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder unter 18 Jahren“) als Alleinerziehende und Familien mit Kindern (56% vs. 47%) finden, dass die Stadt ausreichenden Mittel für die Gleichstellung der Geschlechter zur Verfügung stellt. Mehr Chancen für Familien mit Kindern bezüglich des Wiedereinstiegs der Eltern ins Berufsleben nach der Kindererziehungsphase und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten entsprächen vermutlich den ungeäußerten Forderungen der Familien mit Kindern an die Kommunalpolitik. Zu weiteren soziodemographischen Merkmalen lassen sich keine statistisch signifikanten Zusammenhänge feststellen.

Abb. 2: „Die Mittelverteilung im Haushalt der Stadt Freiburg fördert ausreichend die Gleichstellung von Männern und Frauen“



4.3 Wichtigkeit hinsichtlich der Thematisierung des „Gender-Budgeting“

Die Frage lautet: **„Für wie wichtig halten Sie es, dass im Rahmen des Beteiligungshaushaltes die Auswirkungen der Ausgaben auf die Chancengleichheit von Männern und Frauen thematisiert wird?“**

Ein Vergleich zeigt, dass sich die Wichtigkeit der Thematisierung weitgehend mit der allgemeinen Zufriedenheit mit der Chancengleichheit deckt. Mehr als zwei Drittel der Befragten halten die Thematisierung des „Gender-Budgeting“ für „sehr wichtig“ (27%) oder „wichtig“ (42%) und etwa vergleichbare Anteile der Befragten sind mit der Chancengleichheit „sehr“ (23%) oder „eher zufrieden“ (57%). Unterschiede gibt es allerdings in der Beurteilung, ob die Mittelverteilung im Haushalt der Stadt auch die Geschlechtergleichstellung ausreichend fördert. Nur knapp mehr als die Hälfte der Befragten (53%) halten die Förderung des Bereichs für eindeutig ausreichend. Zur Erklärung dieser Differenz lässt sich vermuten, dass die Chancengleichheit der Geschlechter in abstrakter Hinsicht von der überwiegenden Mehrheit als gegeben betrachtet wird. Geht es um die Beurteilung der konkreten Maßnahmen wie die Mittelallokation für diesen Bereich, deutet eine zurückhaltende Bewertung der Bürgerinnen und Bürger darauf hin, dass ihre Erwartungen nicht erfüllt werden. Andererseits müsste man diese Frage im Kontext anderer Befragungen aufgreifen, um die Ergebnisse interpretieren zu können. In der Bürgerumfrage 2007 waren die Bürgerinnen und Bürger gebeten, Stellung zu beziehen, welche Ziele Freiburg in den nächsten Jahren erreichen soll. Zur Beurteilung stand ein Katalog mit 15 Zielsetzungen auf einer 4-er Skala von 1 „sollte unbedingt erreicht werden“, 2 „wäre wünschenswert“, 3 „ist nicht so wichtig“, bis 4 „sollte auf keinen Fall angestrebt werden“. Ein Ranking ließ die Prioritätensetzung für den Haushalt aus der Sicht der Bürger erkennen. Das Ziel, sich „für die gleichen Chancen von Frauen und Männern einsetzen“ landet erst auf dem siebten Platz. Somit relativiert sich seine Bedeutsamkeit im Kontext noch wichtigerer Zielsetzungen wie „Kinder/ Jugend und Familie“, „Umwelt“, „Bildung“ und „Soziales“.

Geschlechtsspezifische Unterschiede im Hinblick auf die Wichtigkeit der Thematisierung von „Gender-Budgeting“ lassen sich feststellen. Die Frauen halten das Thema „Auswirkungen von Ausgaben auf die Chancengleichheit“ deutlich häufiger für „(sehr) wichtig“ im Vergleich zu den männlichen Befragten (81% vs. 57%), (siehe Tabelle 4).

Je niedriger das formale Bildungsniveau, desto höher ist das Interesse an einem solchen Thema. Vermutlich besteht bei den bildungsschwächeren Schichten mehr Informationsbedarf. Neun von zehn Befragten mit Migrationshintergrund (gemeint sind Mitbürger/innen sowohl „mit“ als auch „ohne“ deutsche Staatsangehörigkeit) wollen darüber mehr wissen, wie die Mittelallokation helfen kann, Beruf und Familie „unter einen Hut zu bringen“. Bei den Deutschen „ohne Migrationshintergrund“ besteht mit 2/3 der Nennungen für „(sehr) wichtig“ ein vergleichsweise geringerer Informationsbedarf. Mit steigendem Äquivalenzeinkommen¹¹ verliert der Wunsch nach einem öffentlichen Diskurs über die Auswirkungen des „Gender-Budgeting“ an Bedeutung.

Dem Trend nach, zeigen sich auch die Befragten, die aktuell weder im Beruf noch in Ausbildung stehen, stärker interessiert.

Tabelle 4

		Wie wichtig ist die Thematisierung des 'Gender-Budgeting'?			
		sehr wichtig/ wichtig		weniger wichtig/ unwichtig	
		Count	Col %	Count	Col %
Alle Befragten		214	69%	96	31%
Geschlecht	weiblich	132	81%	32	19%
	männlich	82	57%	61	43%
Alter der Befragungsperson	unter 40 Jahre	67	64%	38	36%
	40 bis unter 60 Jahre	84	70%	36	30%
	60 Jahre und älter	63	78%	18	22%
Migrationshintergrund der Befragten	ohne Migrationshintergrund	179	67%	89	33%
	mit Migrationshintergrund	35	90%	4	10%
Wohndauer in Freiburg	unter 5 Jahre	29	71%	12	29%
	5 bis unter 15 Jahre	47	66%	24	34%
	15 Jahre und länger	95	72%	38	28%
	seit Geburt	41	69%	18	31%
Haushaltstyp	ohne Kindern	145	69%	65	31%
	mit Kindern	67	72%	26	28%
höchster Schul-/ Hochschulabschluss	Volks-/Hauptschule	34	92%	3	8%
	Mittlere Reife, Realschule	45	76%	14	24%
	Fachhochschulreife, Abitur	61	65%	33	35%
	Hochschulabschluss	69	63%	41	37%
Teilhabe an Beruf/ Ausbildung	nein	90	75%	30	25%
	ja	124	65%	66	35%
Äquivalenzeinkommen	1. Quartil	46	82%	10	18%
	2. Quartil	49	79%	13	21%
	3. Quartil	44	63%	26	37%
	4. Quartil	37	57%	28	43%

¹¹ Es handelt sich um bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen nach Anzahl und Alter der im Haushalt lebenden Personen. Zur methodischen Beschreibung der Berechnung von Äquivalenzeinkommen siehe Bericht „Bürgerumfrage 2003 in Freiburg“ des Amtes für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg, S. 29.

5 Beteiligungsverfahren

5.1 Wirksamkeit unterschiedlicher Werbemaßnahmen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens

Inwiefern die Werbekampagne der Stadt Freiburg zum Beteiligungsverfahren insgesamt erfolgreich war und wie Werbe- und Informationsmittel von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden, erschließt sich aus folgender Frage

„Um das Beteiligungsverfahren in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, wurden verschiedene Werbe- und Informationsmittel eingesetzt. Welche dieser Maßnahmen sind Ihnen bekannt?“

- *Infobusse in den Stadtteilen*
- *Informationsbroschüre als Beilage zum Amtsblatt*
- *Straßenbahn mit Beschriftung zum Beteiligungshaushalt*
- *Flyer und „Brettlecture“ in den Bussen und Bahnen der VAG*
- *Presseartikel (Badische Zeitung, Amtsblatt, Wochenblätter)*
- *Informationsveranstaltungen zu den Schwerpunktsthemen in den Stadtteilen*

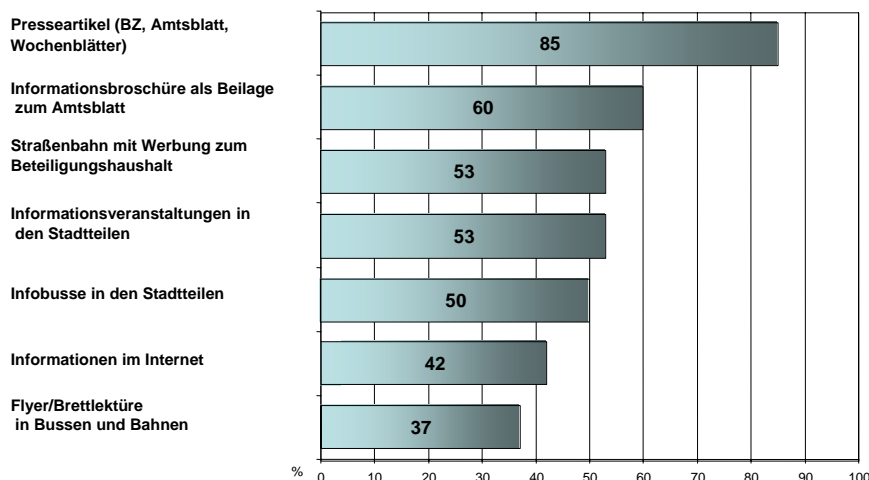
Insgesamt kann die Öffentlichkeitsarbeit zum Beteiligungsverfahren als sehr erfolgreich gewertet werden. Neun von zehn Befragten (92%) haben mindestens eine der sieben eingesetzten Ansprachemaßnahmen wahrgenommen und kannten im Durchschnitt sogar 3,7 verschiedene Werbemittel.

Ein Ranking der Werbemaßnahmen nach ihrem Bekanntheitsgrad bringt ihre Wirksamkeit zum Ausdruck. Demnach ist die lokale Presse die wirksamste Informationsquelle über das kommunale Geschehen. Mit den Artikeln in der „BZ“, im Amtsblatt oder den Wochenblättern konnten 85% der Öffentlichkeit erreicht werden (siehe Abb. 3). Tageszeitungen wurden im Übrigen auch in der Bürgerumfrage 2003 der Stadt Freiburg als wichtigstes Informationsmittel (78% der Befragten) eingestuft¹². Aber auch die Informationsbroschüre als Beilage zum Amtsblatt informierte immerhin 60% der Befragten über die Beteiligungsmöglichkeiten in Freiburg. Den dritten Platz teilten sich die Außenwerbung an Straßenbahnen und Informationsveranstaltungen zu den Schwerpunkten in den Stadtteilen. Beide Werbemaßnahmen wurden von knapp über die Hälfte (53%) der Befragten registriert. Infobusse in den Stadtteilen waren ähnlich wirksam. Am schlechtesten hat die Innen-Werbung der ÖPNV abgeschnitten, sie wurde nur von knapp über einem Drittel der Befragten wahrgenommen. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bürgerumfrage von 2003 hat die Internetnutzung als Informationsquelle über die regionale Angelegenheit sogar deutlich an Bedeutung gewonnen. Der Anteil der Personen, die im Jahr 2003 kommunalpolitisches Geschehen online verfolgten, hat sich von 16% auf nun 42%¹³ fast verdreifacht. Diese Entwicklung weist auf die künftig weiter wachsende Bedeutung des Internets hin.

¹² Bürgerumfrage 2003 der Stadt Freiburg, S. 144

¹³ Ebd. Gemeint sind hier die wahrgenommenen online Bekanntmachungen zum Beteiligungshaushalt

Abb.3: Bekanntheitsgrad verschiedener Werbe- und Informationsmitteln zum Beteiligungsverfahren



Nicht jede Werbemaßnahme wird gleichermaßen von allen Bürgern wahrgenommen. Die Bekanntheit verschiedener Werbe- und Informationsmittel variiert in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Die Bekanntheit der Aktion „Infobusse in den Stadtteilen“ steigt tendenziell mit steigendem Bildungsniveau von ca. 40% bei den Befragten mit einem niedrigen oder mittleren allgemeinen Bildungsniveau auf 59% bei den Hochschulabsolventen. Teilzeitbeschäftigte wussten überdurchschnittlich häufig Bescheid über die Aktion „Infobusse in den Stadtteilen“ und kannte häufiger die Werbemittel (4,4 von 7) im Vergleich zu den Schülern/ Studenten (2,8) und Nichtberufstätigen (3,5).

Die Werbung auf den Flyern und Brettletektüren in den Fahrzeugen des ÖPNV wurde tendenziell häufiger von Frauen wahrgenommen. Dagegen haben Senioren sie deutlich seltener bemerkt (22% vs. 44% bei den unter 40 Jährigen), was möglicherweise auf die nachlassende Sehstärke und geringere Mobilität im fortschreitenden Alter zurückzuführen ist. Die Wahrnehmung der Werbung zum Beteiligungsverfahren in den ÖPNV ist am häufigsten in der Personengruppe mit Volks-/ Hauptschulabschluss (60%) verbreitet und sinkt mit steigendem Bildungsniveau. Nur 29% der Personen mit Studium kennen diese Informationsquelle.

Über 40 Jährige informierten sich etwas häufiger über das kommunale Geschehen aus der lokalen Presse als die Jüngeren. Ebenso haben die Haushalte „mit Kindern“ etwas häufiger als Wohngemeinschaften „ohne Kinder unter 18 Jahren“ (93% vs. 81%) aus der lokalen Presse über das Beteiligungsverfahren erfahren. Die Befragten mit geringerer formaler Bildung informieren sich tendenziell etwas seltener über die regionalen Zeitungen als die Personen mit höherer Bildung. Überdurchschnittlich häufig wurden die Bekanntmachungen der Stadtverwaltung in der lokalen Presse von den Personen mit einer Beschäftigung in Teilzeit gelesen (96% vs. 85%).

Weiterhin sind nur etwa jedem vierten Befragten (27%) in der Gruppe der 18 bis unter 30 Jährigen thematische Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen bekannt. In den anderen Altersgruppen ist die Kenntnis über stadtteilbezogene Infoveranstaltungen mindestens doppelt so hoch. Mit 62% erreicht die Bekanntheitsquote bei den 45 bis unter 65 Jährigen den höchsten Wert. Solche Informationsveranstaltungen scheinen tendenziell etwas seltener Personen „mit Migrationshintergrund“ zu erreichen (38% im Vergleich zur deutschstämmigen Bevölkerung 54%). Die geringen Fallzahlen erlauben jedoch keine gesicherte Aussage. Der Zusammenhang zwischen Wohndauer und Bekanntheit von Informationsveranstaltungen zum Beteiligungsverfahren in den Stadtteilen verschwindet, wenn man ihn in verschiedenen Altersgruppen analysiert. Mehr als zwei Drittel der Teilzeit-beschäftigten (69%) wussten von der Gelegenheit, sich bei stadtteilbezogenen Veranstaltungen über das Beteiligungsverfahren zu informieren. Von den Ganztagsbeschäftigten wussten von den Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen nicht mal die Hälfte (46%) Bescheid. Auch die einkommensschwachen Haushalte waren insgesamt weniger gut über die Infoveranstaltungen informiert. Während im unteren Einkommensviertel nur 41% von der Veranstaltung wussten, waren deutlich mehr Haushalte mit höherem Einkommen in Kenntnis gesetzt (60% für 2. - 4. Quartil).

Elektronische Bekanntmachungen zum Beteiligungsverfahren erreichten die Senioren am seltensten (23% gegenüber durchschnittlich 42%), was nicht zuletzt auf die geringe Nutzung dieses Mediums in dieser Gruppe zurückzuführen ist. Zukünftig sollen die „Senioren ans Netz“, was mit verschiedenen Projekten bundesweit angestrebt wird, um die bislang häufig aus der Informations- und Kommunikationsgesellschaft ausgeschlossenen mit den neuen Medien vertraut zu machen¹⁴. Das elektronische Informationsverhalten korreliert ebenfalls mit dem Einkommen. In den Haushalten mit sehr niedrigem Einkommen wird das Internet als Informationsquelle zu kommunalen Angelegenheiten am seltensten in Erwägung gezogen (Haushalte im ersten Äquivalenzeinkommensquartil 29% gegenüber 56% im vierten Quartil).

5.2 Beteiligungsmöglichkeiten im Vergleich

Die Panelteilnehmer/innen wurden gebeten, die verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten aus ihrer Sicht zu bewerten. Im Rahmen des Beteiligungshaushaltes standen den Bürgern drei Möglichkeiten offen, sich in den entscheidungsvorbereitenden Diskurs einzubringen. Zum einen konnten Freiburgerinnen und Freiburger im Rahmen von thematischen Internet-gestützten Diskussionsforen und mit Hilfe des „Haushaltsrechners“ ihren Standpunkt zum Beteiligungshaushalt äußern. Zum anderen sollte eine repräsentative Bürgerumfrage 2007 den Prioritäten der Bürger in der Haushaltsplanung eine Stimme verleihen. Schließlich hatten die Bürgerinnen und Bürger eine weitere Möglichkeit, in einer zweitägigen Stadtkonferenz zum Beteiligungshaushalt 2009/2010 Vorschläge zu entwickeln.

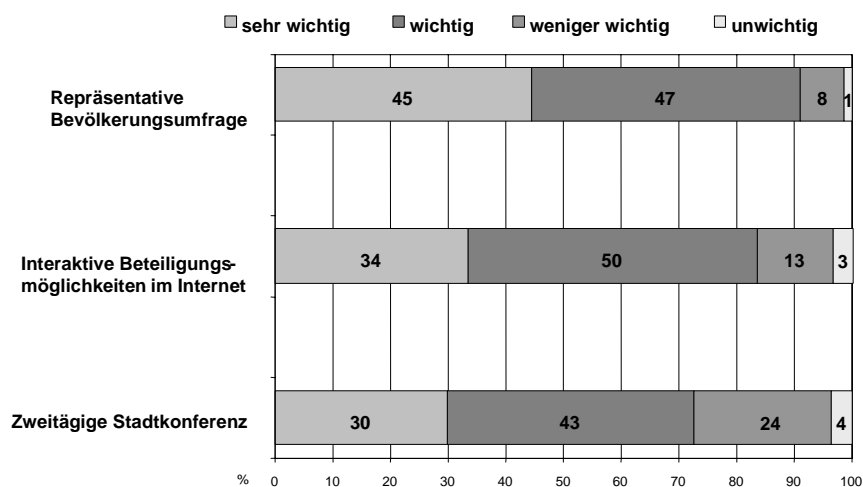
¹⁴ Beispielsweise das Projekt in Bayern "Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien für ältere Menschen", Initiiert und durchgeführt vom Seniorennetz Erlangen (SNE). Informationen zum Projekt auf der Website des bayerischen Sozialministerium: <http://www.stmas.bayern.de/senioren/ansnetz/index.htm>

Die Frage hierzu lautet: „**Im Rahmen des Beteiligungshaushaltes werden verschiedene Möglichkeiten angeboten, wie sich die Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Für wie wichtig halten Sie diese Beteiligung?**“

- *interaktive Beteiligungsmöglichkeiten im Internet (Foren, Haushaltsrechner, etc.)*
- *Repräsentative schriftliche Bevölkerungsumfrage*
- *Zweitägige Konferenz, auf der die Bürgerinnen und Bürger eigene Vorschläge für den Haushalt entwickeln*

Grundsätzlich zeigen die Ergebnisse ein großes Interesse der Mitbürger an allen Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, gemessen am hohen Anteil der Nennungen, „wichtig“ und „sehr wichtig“ (91% bis 73%), siehe Abbildung 4. Gleichzeitig wurden verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung unterschiedlich wichtig eingestuft. So steht die Bevölkerungsumfrage ganz oben (45% stufen sie als „sehr wichtig“ und weitere 47% als „wichtig“ ein), gefolgt von interaktiven Angeboten des „virtuellen Rathauses“ (34% und entsprechend 50%) und der Stadtkonferenz (30% und 43%).

Abb. 4: „Wichtigkeit verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten“

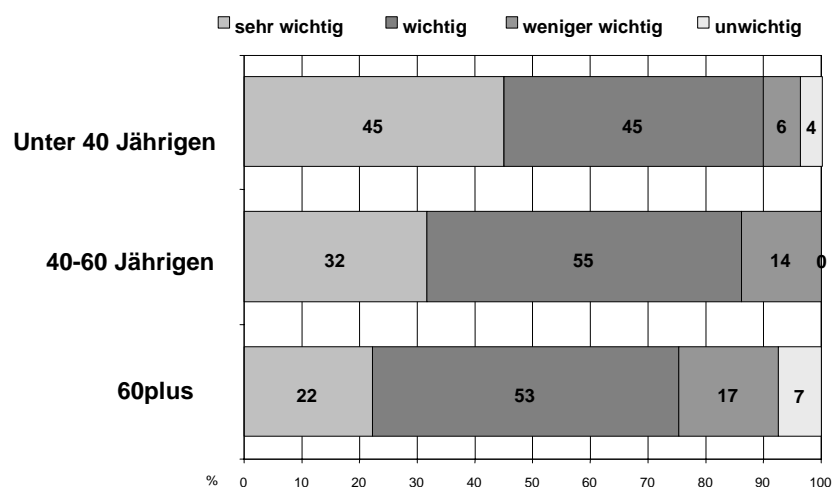


Unterschiede in den Bevölkerungsgruppen

Abschließend sollen Unterschiede in der wahrgenommenen Wichtigkeit verschiedener Mitwirkungsmöglichkeiten an der Kommunalpolitik nach soziodemographischen Merkmalen herausgearbeitet werden.

Bei internet-basierten Beteiligungsmöglichkeiten, wie Diskussionsforen und Haushaltsrechner, zeigen sich sehr deutliche altersspezifische Unterschiede. 45% der jüngeren Befragten (unter 40 Jahren) halten die Mitbestimmungsmöglichkeiten im „virtuellen“ Raum für „sehr wichtig“ im Vergleich zu nur 22% der Personen in der Altersgruppe ab 60plus (siehe Abb. 5).

Abb. 5: Internetgestützte Beteiligungsmöglichkeiten nach Alter



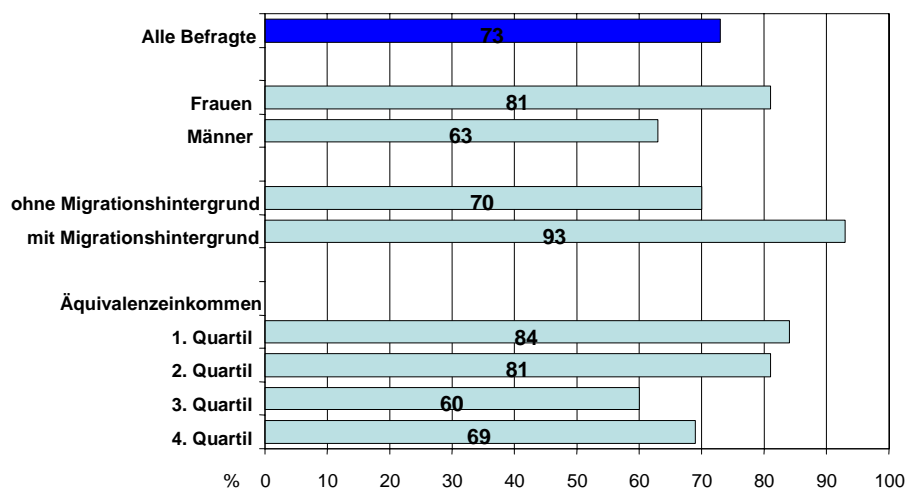
Da Internetnutzung generell sehr stark mit dem Alter zusammenhängt, wurden die nachfolgenden Zusammenhänge auf ihre Gültigkeit in verschiedenen Altersgruppen überprüft. Die statistisch stabilen Beziehungen werden im Weiteren erläutert. Die 40-60 jährigen berufstätigen Personen halten die Diskussionsforen bzw. Haushalt-Rechner etwas häufiger für „(sehr) wichtig“ (89%) als die Nichtberufstätigen im dergleichen Altersgruppe (73%). Ebenso schätzen die 40-60 Jährigen „mit Kindern“ die interaktiven Teilnehmungsmoden höher ein als ihre Altersgenossen „ohne Kinder unter 18 Jahren im Haushalt“. Die beiden letzten Zusammenhänge könnten mit der Zeitknappheit bei den Berufstätigen und Familien mit Kindern erklärt werden.

Die unter 60 Jährigen bewerten, dem Trend nach, die Wichtigkeit der repräsentativen Bürgerbefragung als Ausdruck der „Bürgerstimme“ etwas höher als die Senioren. Auch die Deutschen „ohne Migrationshintergrund“ sind etwas überzeugter in der (hohen) Bedeutung der Bevölkerungsumfragen (92%) als ihre Mitbürger „mit Migrationshintergrund“ (83%).

Darüber hinaus lassen sich keine weiteren gruppenspezifischen Unterschiede bezüglich der Bewertung von „Bürgerumfragen“ feststellen.

Dagegen wurde die Stadtkonferenz, in dessen Rahmen die Bürgerinnen und Bürger eigene Prioritäten in der Haushaltsplanung setzen konnten, von verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich bewertet (siehe Abb. 6).

Abb. 6: Wichtigkeit der Stadtkonferenz zum Beteiligungshaushalt nach soziodemographischen Merkmalen, Prozentanteil "sehr wichtig" und "wichtig"



Frauen sehen häufiger als Männer in der Stadtkonferenz ein „wichtiges“ oder „sehr wichtiges“ Instrument der Bürgerbeteiligung (81% gegenüber 63%), vermutlich weil es bei der Stadtkonferenz schwerpunktmäßig um das Thema „Gender-Budgeting“ gehen soll. Frauen sind, wie bereits erwähnt, weniger mit der aktuellen Mittelverteilung für diesen Bereich zufrieden als Männer. Ebenfalls halten sie eine Diskussion über die Auswirkungen von Ausgaben auf die Lebensverhältnisse von Männern und Frauen für wichtiger. Bürger „mit Migrationshintergrund“ weisen der Stadtkonferenz höhere Bedeutung zu (93%) als Bürger „ohne Migrationshintergrund“ (70%). Die Befragten aus Haushalten mit eher geringen Äquivalenzeinkommen versprechen sich mehr von dieser Beteiligungsmöglichkeit als die Befragten mit eher höherem Haushaltseinkommen (insgesamt 82% in den unteren zwei Quartilen vs. 64% im 3. und 4. Quartilen). Darüber hinaus wird die Stadtkonferenz mit 86% der Nennungen überdurchschnittlich häufig von Einzelpersonhaushalten als „(sehr) wichtig“ bewertet im Vergleich zu durchschnittlich 73%. Die festgestellten Differenzierungen deuten darauf hin, dass die Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Stadtkonferenz vor allem von jenen Personengruppen als „(sehr) wichtig“ empfunden wird, die stärker von latenter oder offensichtlicher Benachteiligung betroffen sind (betroffen sein können): Frauen, Migranten und sozial Schwache.

5.3 Beurteilung der Effektivität des Beteiligungsverfahrens

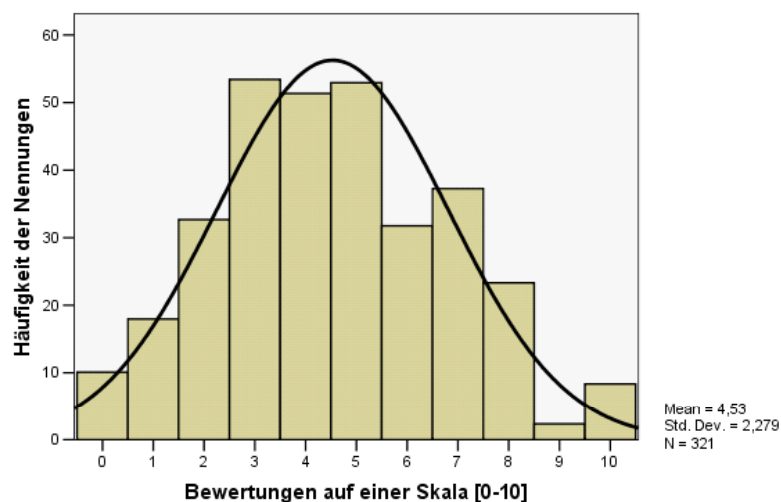
Letztlich soll überprüft werden, wie hoch die Bürger die Effektivität des Beteiligungsverfahrens einschätzen. Darauf zielt die folgende Frage:

„Was meinen Sie, wie stark sich die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens auf die Haushaltsberatungen und Entscheidungen des Gemeinderates in kommenden Herbst auswirken werden?“

Auf einer Skala von 0 („keine Auswirkung“) bis 10 („sehr starke Auswirkung“)¹⁵ konnten die Befragten ihre Einschätzung abstufen. Die Verteilung der Bewertungen ist in Abb.7 dargestellt.

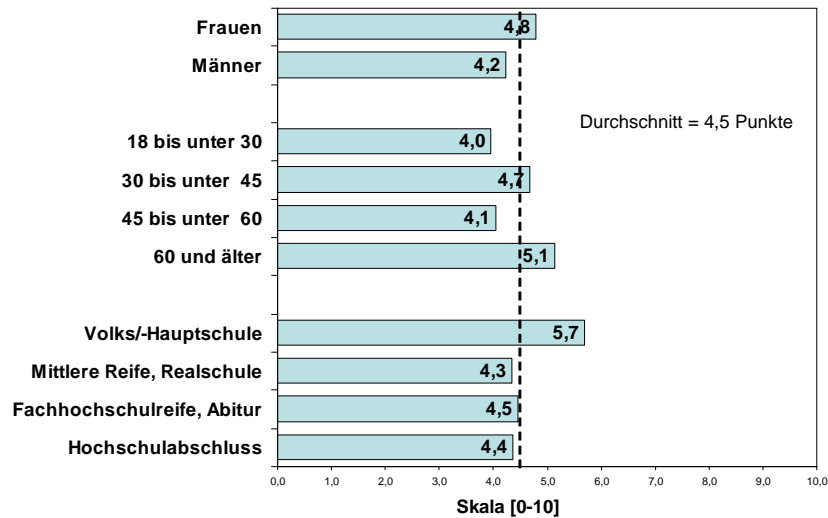
Statistische Kennzahlen der zentralen Tendenz und der Streuung vermitteln einen schnellen Überblick über die Verteilung. Sie verraten uns, dass die Befragten die Auswirkung des Beteiligungsverfahrens auf die Entscheidungen des Gemeinderates eher konservativ einschätzen. Mit einem Mittelwert von 4,5 fällt die Bewertung leicht unterdurchschnittlich aus. Rund zwei Drittel der Befragten bewerteten die Effektivität der Bürgerbeteiligung mit einer Note zwischen 2,2 und 6,8, was jeweils etwa einer Standardabweichung links und rechts des Mittelwerts entspricht. Jeweils ein Sechstel der Befragten hat sein Urteil mit einer Note gefällt, die über- bzw. unterhalb dieser Spanne liegt. In der Grundgesamtheit, also bezogen auf alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Freiburg, liegt der wahre Mittelwert im Intervall zwischen 4,4 und 4,7.

Abb.7: Effektivitätseinschätzung des Beteiligungsverfahrens



¹⁵ Im Fragebogen wurden die beiden Pole der Skala nicht verbalisiert, sondern nur mit Zahlen vermerkt.

Abb. 8: „Effektivitätseinschätzung des Beteiligungsverfahrens in verschiedenen Bevölkerungsgruppen



Frauen bewerten die Einflussnahme der Bürger auf politische Entscheidungen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens etwas positiver als Männer. Die Bewertung der jüngeren Befragten unter 30 Jahren und der Personen im mittleren Alter (45 - 60 Jährige) fällt pessimistischer aus im Vergleich zu der durchschnittlichen Einschätzung in der Altersgruppe 60plus.

Die Befragten mit niedrigem Bildungsniveau (Volks-/ Hauptschulabschluss) äußern sich signifikant zuversichtlicher als die Befragten mit einem Hochschulabschluss und tendenziell erwartungsvoller als die anderen Befragten.

6 Prüfung von methodischen Effekten der unterschiedlichen Befragungsformen auf das Antwortverhalten der Befragten

6.1 Soziodemographie der „Onliner“ und „Offliner“ im Vergleich

Online-Forschung gilt als zukunftsweisend, hat jedoch wie jede Befragungsmethode ihre Stärken und Schwächen. Die Frage der Vergleichbarkeit der Erhebungsergebnisse von Online-Befragungen und konventionellen Befragungsmethoden kann auf der Basis bisheriger empirischer Untersuchungen nicht eindeutig beantwortet werden¹⁶. In manchen Studien wurden keine Methodenunterschiede festgestellt. In anderen Untersuchungen gibt es Hinweise für Methodeneffekte z.B. höheres Auftreten sozialer Wünschbarkeit in den geführten Interviewerbefragungen im Vergleich zu den Selbstausfüllern¹⁷.

¹⁶ Gerich, Lehner, Fellingner, Holzinger, 2003, S.41.

¹⁷ Ebd.

Der am häufigsten genannte Einwand gegenüber der Online-Befragung ist die niedrige Rücklaufquote, die mit dieser Erhebungsmethode in der Regel erzielt wird. Auch unsere Befragung stellt diesbezüglich keine Ausnahme dar. Angesichts der sehr unterschiedlichen Rücklaufquoten im Telefoninterview (75%) im Vergleich zur Onlinebefragung (29%) könnte ein Methodeneffekt eintreten. Es wird vermutet, dass sich nur diejenigen Befragten in der Internetumfrage zu Wort gemeldet haben, die sich mit der Methodik des Beteiligungsverfahrens identifizieren bzw. zufrieden mit „Gleichstellung von Frauen und Männer“ sind. Die Telefon-Stichprobe sollte dagegen einen deutlich größeren Anteil der über die lokale Politik verdrossenen Bürger enthalten als die Online-Stichprobe. Diese Frage wird im Kapitel 4.2 bearbeitet.

Darüber hinaus soll untersucht werden, ob die beiden Teilgruppen der Befragten (Onliner vs. Offliner) in ihrer Zusammensetzung bezüglich Alter, Geschlecht, Bildungsniveau und weiterer Personenmerkmale vergleichbar sind. Sollte es nicht der Fall sein, würde man eventuell unterschiedliches Antwortverhalten der Onliner und Offliner nicht zuletzt auf die soziodemographische Heterogenität der beiden Stichproben zurückführen.

Demzufolge wird geprüft, inwieweit gleiche Verteilungen der soziodemographischen Merkmale in den beiden Stichproben vorliegen: Diejenigen Panelteilnehmer/innen, die sich an einer Onlineumfrage beteiligt haben vs. die Befragten aus demselben Panel, denen identische Fragen in einem Telefoninterview gestellt wurden.

Die Online-Panelteilnehmer/innen sind demographisch nicht ohne weiteres mit den Offlinern vergleichbar. Ein erster Vergleich der beiden Teilgruppen zeigt, dass die meisten Panelteilnehmer/innen sich für eine Onlineumfrage entschieden haben (Onlineumfrage: n=209, Telefoninterview: n=113). Fast zwei Drittel (64%) der Onlinebögen wurden von 18 bis unter 45 jährigen Panelteilnehmer/innen ausgefüllt. Die entsprechende Altersquote im telefonischen Interview macht lediglich 27% der Befragten aus. Umgekehrt wurde jedes zweite Telefoninterview (50%) mit einer Person ab 60 Jahren durchgeführt. Der Anteil der Senioren in der Online-Stichprobe beträgt lediglich 12%. Dieser Trend ist nicht zuletzt auf die geringere Internetnutzung bei den älteren Personen zurückzuführen. In der Umfrage der Freiburger Bürgerinnen und Bürger 2007 gaben fast die Hälfte (48%) der Personen im Alter von 60 bis 75 Jahren an, dass sie das Internet „nie“ nutzen. In der Altersgruppe der über 75 Jährigen gehören 82% zu den „Nichtnutzern“ dieses Mediums. Im Alter bis zu 45 Jahren war in 2007 „keine Internetnutzung“ eher eine Ausnahme (2% bei den „18 bis unter 30 Jährigen“ und 4% bei den „30 bis unter 45 Jährigen“).

Weitere soziodemographische Unterschiede zwischen „On-„ und „Offlinern“ betreffen die Verteilung des Merkmals Berufstätigkeit. In der Online-Stichprobe ist der Anteil der Ganztageserwerbstätigen doppelt so hoch wie in der Telefonumfrage (46% vs. 23%). Im Gegenteil rekrutierten sich fast zwei Drittel der Befragten (62%) der Telefon-Stichprobe aus „Nichtberufstätigen“. Es muss allerdings betont werden, dass dieser Zusammenhang bis zu einem gewissen Grad auf Alterseinflüsse beruht: In der Onlinestichprobe sind die Befragten im Erwerbsfähigenalter deutlich stärker vertreten. Nach Kontrolle des Alters erwies sich der oben berichtete Zusammenhang zwischen Berufstätigkeit und Erhebungsmethode nur in der Gruppe der 40 - 60 Jährigen als stabil.

Tabelle 5

Soziodemographische Merkmale nach Erhebungsmethode

		Interview per Telefon oder Online	
		Online	Telefon
Alle Befragten	Fallzahl	209* (205)**	113* (123)**
		63%	38%
Geschlecht	weiblich	51%	55%
	männlich	49%	45%
Total		100%	100%
Altersgruppen	18 bis unter 30	24%	5%
	30 bis unter 45	40%	22%
	45 bis unter 60	24%	23%
	60 und älter	12%	50%
Total		100%	100%
Migrationshintergrund	Deutsche ohne Migrationshintergrund	89%	85%
	Deutsche mit Migrationshintergrund	7%	13%
	Ausländer	4%	2%
Total		100%	100%
Wohndauer in Freiburg	unter 5 Jahre	18%	8%
	5 bis unter 15 Jahre	28%	18%
	15 Jahre und länger	31%	58%
	seit Geburt	22%	16%
Total		100%	100%
Haushaltstyp	Einpersonenhaushalt	18%	33%
	Mehrpersonen ohne Kind	48%	45%
	Mehrpersonen mit Kind(ern)	30%	19%
	Alleinerziehende	4%	3%
Total		100%	100%
höchster Schul-/ Hochschulabschluss	Volks-/Hauptschule	5%	22%
	Mittlere Reife, Realschule	16%	26%
	Fachhochschulreife, Abitur	38%	21%
	Hochschulabschluss	40%	31%
Total		100%	100%
Berufstätigkeit	ganztags berufstätig	46%	23%
	teilzeitbeschäftigt	19%	13%
	Schüler(in)/Student(in)	11%	2%
	nicht berufstätig	24%	62%
Total		100%	100%
Äquivalenzeinkommen	1. Quartil	19%	28%
	2. Quartil	23%	28%
	3. Quartil	28%	26%
	4. Quartil	30%	19%
Total		100%	100%

b. Quelle: Panel II *ungewichtete Daten, ** gewichtet (Prozentangaben beziehen sich auf die gewichteten Fallzahlen)

Darüber hinaus unterscheiden sich die beiden Teilstichproben nach Bildungsniveau: Der Anteil der Online-Befragungsteilnehmer mit einem höheren formalen Bildungsstatus liegt 26%-Punkte über dem entsprechenden Anteil im Telefoninterview (78% vs. 52% = Anteil je Befragten mit „Abitur/ Fachhochschulreife“ und „Hochschulstudium“ zusammengezählt). Die Erklärung liegt vermutlich wiederum in der unterschiedlichen Internetnutzung der Personengruppen: Die Nutzung des Internets hängt ganz wesentlich von der Bildung und vom Alter ab¹⁸.

Einzelpersonhaushalte sind etwas häufiger in der Telefon-Stichprobe vertreten (33% vs. 18% in der Online-Stichprobe); dagegen sind Haushalte mit Kindern in der Online-Umfrage leicht überrepräsentiert (34% vs. 22%).

Einkommenschwächere haben sich tendenziell häufiger in der telefonischen und Besserverdiener in der Online-Umfrage beteiligt.

Keine signifikanten Unterschiede gibt es hingegen bezüglich des Geschlechts und Migrationshintergrunds. Der schwache Zusammenhang zwischen Wohndauer und der Erhebungsmethode ist scheinbar korrelativ und verschwindet nach Kontrolle durch das Merkmal „Alter“. Zum einen sinkt mit steigendem Alter die Mobilität und der Wunsch nach dem Ortswechsel: Je älter die befragte Person ist, desto höher ist die Chance, dass sie länger an einem Wohnort lebt. So leben beispielsweise 71% der über 60 Jährigen „seit 15 Jahren und länger“ in Freiburg. Bei den Befragten unter 40 liegt der Anteil der „Langangesessenen“ lediglich bei 16%. Zum anderen wurde eine altersspezifische ungleiche Zusammensetzung der Stichproben je nach Befragungsmethode ebenso festgestellt (siehe oben).

6.2 „Gender-Budgeting“ und Beteiligungsverfahren nach Erhebungsmethode

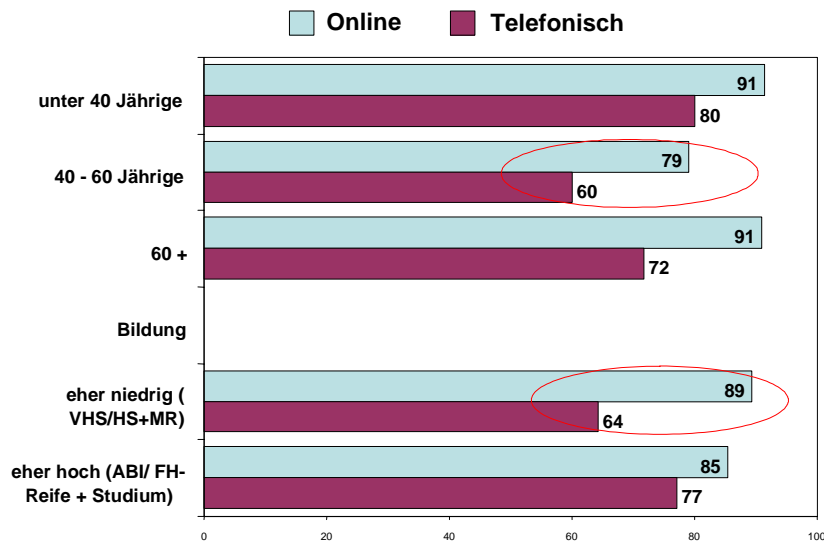
Da es insbesondere in Bezug auf Alter und Schulabschluss signifikante Differenzen zwischen den beiden Stichproben gibt, werden die nachfolgenden Analysen zu möglichen Effekten der Erhebungsmethoden auf das Antwortverhalten unter der Kontrolle für diese Merkmale durchgeführt.

Die Wahl der Erhebungsmethode scheint einen Einfluss auf das Antwortverhalten der Befragten zu haben, auch nach der Auspartialisierung von Effekten der Soziodemographie. Allerdings kommt es nur in bestimmten Bevölkerungsgruppen zu signifikanten Unterschieden – nicht zuletzt aufgrund der geringen Fallzahlen in den Teilstichproben. Die folgende Abbildung gibt einen detaillierten Aufschluss darüber:

Der Methodeneffekt zeigt sich deutlich dadurch, dass in der telefonischen Erhebung niedrigere Zufriedenheitsraten erzielt werden. Dieser Effekt tritt nicht bei allen Befragten im gleichen Maße auf, sondern signifikanterweise nur in der Altersgruppe der 40 bis 60 Jährigen und tendenziell bei den Senioren. Ebenso liegt bei den Befragten mit einem niedrigen formalen Bildungsniveau der Anteil der Zufriedenen im Telefoninterview (64%) deutlich unter dem vergleichbaren Anteil in der Online-Befragung (89%).

¹⁸ Laut der Bürgerumfrage 2003 in Freiburg, S. 20.

Abb. 9: „Erhebungsmethode und Zufriedenheit mit Chancengleichheit der Geschlechter nach Alter und Bildung
% der „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“



Ferner zeigt sich der Methodeneffekt auch bei der Beurteilung der Angemessenheit vom „Gender-Budgeting“. Die unter 40 Jährigen sind in der Online-Befragung verglichen mit Offline-Befragung tendenziell häufiger zufrieden mit der Mittelallokation der Stadt zur Förderung der Geschlechtergleichstellung (62% vs. 40%)¹⁹. Eine entsprechend stärkere positive Bewertung gab es in der Online-Befragung im Unterschied zur Telefon-Stichprobe in der Gruppe der Bildungsschwächeren (72% der Bewertungen „stimme voll zu“ und „stimme zu“ vs. 40%).

Umgekehrt wurden im Telefoninterview von bestimmten Personengruppen höhere Wichtigkeitseinschätzungen hervorgebracht als in der Online-Umfrage. So gaben tendenziell mehr Befragte unter 40 Jahren in der telefonischen Umfrage im Vergleich zur Online-Befragung an, dass die Thematisierung des 'Gender-Budgeting' für sie „(sehr) wichtig“ ist (86% vs. 59%). Ebenso ist das Thema für die telefonisch interviewierten „Bessergebildeten“ signifikant wichtiger. Bei den Befragten mit eher niedrigeren Bildungsabschlüssen ist derselbe Zusammenhang aufgrund der geringen Fallzahlen nicht signifikant.

Die festgestellten methodischen Effekte der beiden Befragungsformen auf das Antwortverhalten der Befragten lassen sich maßgeblich auf die sehr ungleichen Rücklaufquoten zurückführen. Die Tatsache, dass im telefonischen Interview es nur sehr wenige Abbrüche gab, wird davon begleitet, dass diese Stichprobe Personen mit sehr unterschiedlichen Auffassungen zur geschlechtersensiblen Thematik enthält. Das ist vermutlich der primäre Grund für ihre insgesamt weniger positive Bewertung der bisherigen Anstrengungen im Bereich der Geschlechtergleichstellung und die höhere Relevanz einer öffentlichen Thematisierung dieses Aspekts.

Die hohen Zufriedenheitsraten unter den Onlinern lassen sich umgekehrt dadurch erklären, dass nur die „Zufriedenen“ und „Interessierten“ auf die Einladung zur Online-Befragung eingegangen sind.

¹⁹ Vorsicht gebeten bei der Interpretation, da die Gruppe der unter 40 Jährigen Offliner mit 20 Fällen sehr niedrig besetzt ist, um verlässliche Aussagen machen zu können.

Untermuert wird diese Erklärung zusätzlich durch die weiterführenden Analysen des Antwortverhaltens der Panelteilnehmer vs. Verweigerer an weiteren Befragungen der Stadt Freiburg²⁰. Die „Freiwilligen“ unter den Befragten, sprich diejenigen mit Interesse an weiteren Umfragen, weisen auch eine größere Affinität zu kommunalpolitischen Themen auf: Sie zeigen häufiger Interesse an der Arbeit des Gemeinderates (50,7%) als die Nicht-Panelteilnehmer (37,3%), gemessen am Anteil der „(sehr) Interessierten“ bei der Bürgerumfrage 2007. Des Weiteren informieren sich mehr Panelteilnehmer regelmässig über die städtischen Angelegenheiten (44% vs. 35%) im Vergleich zu den Befragten „ohne“ Interesse, erneut befragt zu werden.

Was die Bekanntheit verschiedener Werbemaßnahmen angeht, sind die Methodeneffekte zumindest in drei Fällen feststellbar. Die 40 - 60 jährigen Online-Befragten können sich signifikant, und die Senioren tendenziell häufiger an die Werbung in Informationsbroschüren der Stadt erinnern als die vergleichbare Altersgruppe der telefonisch Befragten. Die Befragten mit eher niedriger Bildung (Mittlere Reife Abschluss und weniger) riefen dieses Werbemittel deutlich häufiger in Erinnerung in der internet-basierten Befragung im Vergleich zur telefonischen. Die über 60 Jährigen und „schlechter“ gebildeten Onliner gaben tendenziell häufiger an, sich über die Presse informiert zu haben im Gegensatz zu den Offlinern in diesen Personengruppen. Das Internet als Informationsquelle wurde insgesamt signifikant häufiger in der Online-Stichprobe genannt, auch nach der Kontrolle des Faktors „Internetnutzung“.

Diese Befunde deuten auf eine erhöhte Selbstaufmerksamkeit der Befragten bei computerbasierten Befragungen im Vergleich zu den Bedingungen einer Interview-gestützten Umfrage²¹. Zum anderen, sind sie ein erneuter Hinweis auf die „Selbstselektionseffekte“ in der internet-gestützten Befragungsform. Die „selbstselektierten“ Befragten in der Online-Stichprobe verfolgten, aufgrund ihres stärkeren Interesses an den politischen Entscheidungsprozessen, die Informationskampagne zum Beteiligungsverfahren aufmerksamer.

Ein leichter Methodeneffekt zeigt sich weiterhin nur bei der Bewertung von Wichtigkeit der internet-basierten Beteiligungsmöglichkeiten, selbst wenn zusätzlich zur Schulbildung und dem Alter die Internetnutzung der befragten Personen statistisch berücksichtigt wird. Demzufolge heben die Online-Befragten die Bedeutung der Diskussionsforen bzw. Internetbefragungen, etwas häufiger hervor als die Offliner. Keinen Unterschied macht die Erhebungsmethode für die Bewertung anderer Beteiligungsmöglichkeiten, allenfalls ein Alterseinfluss deutet sich an.

Bei der Bewertung der Wirksamkeit des gesamten Beteiligungsverfahrens tritt der Einfluss der Erhebungsmethode zwar wieder zutage, doch ist er nicht besonders stark ausgeprägt. Die telefonisch Interviewten schätzen die Wirkung des Beteiligungsverfahrens höher als die Online-Interviewten.

²⁰ Diese Analysen wurden mit den Daten der Bürgerumfrage 2007 durchgeführt, bei der zusätzlich die Bereitschaft für eine eventuelle Teilnahme an weiteren Befragungen der Stadt Freiburg erfasst wurde.

²¹ Ähnliche Befunde bei Hänsgen 1999, S. 11, zitiert in: Gerich, Lehner, Fellingner, Holzinger, 2003, S.41.

7 Literaturliste

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg: Bürgerumfrage 2003 in Freiburg, 2003. Online erhältlich unter: http://www.freiburg.de/servlet/PB/show/1156702/statistik_veroeffentlichungen_buergelumfrage2003.pdf

Blasius, J., Reuband, K.-H.: Telefoninterviews in der empirischen Sozialforschung: Ausschöpfungsquote und Antwortqualität, in: ZA-Information 37, S. 64-87, 1995.

Blinkert, B., Klie, Th.: Gesellschaftlicher Wandel und demographische Veränderung als Herausforderung für die Sicherstellung der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen. In: Sozialer Fortschritt Jg. 43, S. 319-325, 2004a.

Gerich, J., Lehner R., Fellingner, J., Holzinger, D.: Animaqu – eine computerbasierte Befragung als Möglichkeit zur Erfassung besonderer Zielgruppen, in: ZUMA-Nachrichten 52, Jg. 27, S. 35-54, 2003.

Hänsgen, K.-D.: Computereinsatz in der Psychodiagnostik – Stand und mögliche Perspektiven. Forschungsbericht Nr. 141, Freiburg, 1999.

Hin, M., Schmidt, S.: Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft, Baden-Württemberg Nr.9, S. 43-46, 2007.

Schneekloth, U., Potthoff, P., Piekara, R., Rosenblatt, B. (Hg.): Hilfe und Pflegebedürftige in privaten Haushalten. Schriftreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.). Band 111.2. Stuttgart: Kohlhammer, 1996.